
ÖKONOMISCHE MIGRATIONS- FORSCHUNG

Rezension von: Horst Siebert (Hrsg.),
Migration: A Challenge to Europe.
Symposium 1993, J. C. B. Mohr (Paul
Siebeck), Tübingen 1994, 290 Seiten,
öS 845,-.

Das Buch enthält 12 Beiträge zu einer Konferenz gleichen Titels am Kieler Institut für Weltwirtschaft im Juni 1993. Alle sind in Englisch gehalten, und elf Beiträge werden durch einen kurzen Kommentar je eines Diskutanten ergänzt. Die ersten drei sind unter dem Übertitel „Perspektiven und Ursachen internationaler Migration“ gruppiert, die nächsten vier unter „Auswirkungen von Migration“, drei weitere unter „Migrationsbezug der Transformation sozialistischer Ökonomien“, und die beiden letzten unter „Politische Fragen“. In Wirklichkeit durchzieht das Thema der Migrationsfolgen den ganzen Band. Die anderen drei Themen werden selbst in den ihnen zugeordneten Aufsätzen meist nur cursorisch behandelt. Bei den drei Aufsätzen über Perspektiven und Ursachen ist einer recht inhaltsleer (M. Stürmer über Sicherheitsaspekte) und einer gehört eindeutig zum Thema der Migrationsfolgen (O. Stark). Beim Migrationsbezug der Transformation sozialistischer Ökonomien entspricht ebenfalls nur ein Aufsatz wirklich dem Thema (C. Wyplosz), während von den anderen beiden einer über Wachstumstheorie mit einem Auge auf Faktormobilität (A. O. Krueger) und der andere allgemein über die Ursachen von Migration (R. E. B. Lucas) ist. Diese Rezension orientiert sich daher nicht an der vom Herausgeber vorgegebenen Ordnung, sondern geht vor allem auf die Kosten-Nutzen-Dis-

kussion ein. Es wird von der Annahme ausgegangen, sie diene letztlich der Optimierung des Nettoergebnisses von Zuwanderung, so daß in der Rezension vor allem der Aspekt der Optimierung mittels politischer Normsetzung angesprochen wird.

1. Zur Optimierung der Folgen von Zuwanderung.

Klaus F. Zimmermanns Beitrag ist der vorletzte im vorliegenden Buch. Ich nehme ihn hier als symptomatisch für die migrationspolitische Literatur von Ökonomen im deutschsprachigen Raum und gewähre ihm deshalb mehr Raum. Die weiteren Beiträge werden entsprechend kürzer behandelt. Er stellt zwei Fragen: Welche Auswahlmechanismen könnten im europäischen Kontext zu einer Optimierung der wirtschaftlichen Ergebnisse von Zuwanderung führen, und welche Maßnahmen könnten bei der Kontrolle von Migrationsströmen Erfolg haben?

Ohne weitere Ausführungen geht er offenbar von der Annahme aus, die wirtschaftlichen Ergebnisse von Zuwanderung seien ausschließlich vom (in der Wirtschaft des Ziellandes verwertbaren) Können und Wissen der Zuwanderer und von der Anzahl der Zuwanderer abhängig, so daß politische Einflußnahme auf diese beiden Parameter entscheidend sei. Logischerweise wendet sich Zimmermann daher der Untersuchung der qualitativen Zusammensetzung der Zuwanderung nach Europa und ihrer mengenmäßigen Regulierung zu.

Zunächst referiert er die geografische Herkunft und die Branchenverteilung der Zuwanderer in der (seinerzeitigen) EU bzw. in der BRD, der Schweiz und den USA. Die möglichen Ursachen der unterschiedlichen Muster werden nicht untersucht. Zimmermann begnügt sich mit einer eher lapidaren Aussage: Daß die Verteilung der Einwanderer nach Branchen in den USA eher jener der Gesamtbevölkerung ähnelt, während sie das in Europa eher nicht tut, spiegle mögli-

cherweise die Tatsache, daß Migration in Europa von vornherein eher temporär und eher auf Branchen mit weniger attraktiven Jobs konzentriert sei.

Der erste Teil der „Tatsache“ ist eindeutig falsch und der zweite ist keine Erklärung, sondern verlangt nach einer. Die Gesamteinwanderung in die USA ist in erheblichem Maß temporär und war das auch immer, wie dem einleitenden Beitrag Barry Eichengreens im vorliegenden Buch zu entnehmen ist. Der Unterschied zwischen den USA und der BRD bzw. der Schweiz (oder noch extremer Österreich) liegt kaum in den Aufenthaltsabsichten der Zuwanderer oder in den tatsächlichen Niederlassungsmustern, sondern in den Absichten und den Annahmen bezüglich der erwünschten Aufenthaltsdauer, von der der Gesetzgeber und die Behörden in den verschiedenen Ländern ausgehen.

Hätte Zimmermann seine Betrachtungen auf andere europäische Länder ausgedehnt, etwa die Niederlande – über die bei dieser Konferenz relevante Erkenntnisse von Molle und Zandvliet präsentiert wurden – oder Schweden, und hätte er auch den „Sektor“ Arbeitslosigkeit einbezogen, dann wäre er auf noch andere Muster der Branchenverteilung von Einheimischen und Einwanderern gestoßen, die ihre Ursache in der Mittelposition der Politik und des Rechts dieser Länder zwischen Österreich und den USA haben.

Dem folgt ein Versuch, herauszufinden, ob Asylwerber ökonomische Motive haben oder nicht. Zimmermann macht eine ökonometrische Analyse der Verteilung der Asylwerber 1983 bis 1991 über 14 europäische Länder, darunter auch Österreich. Die unabhängigen Variablen sind Arbeitslosigkeit, reale Stundenlöhne in der Industrie und die Größe des Industriearbeitsmarktes im Zielland, jeweils im Verhältnis zum Durchschnitt der europäischen OECD-Länder, die abhän-

gige Variable ist der Anteil des jeweiligen Landes an der Gesamtzahl der Asylwerber in Europa zwischen 1983 und 1991. Eine OLS-Prozedur wird angewandt. Ausgewiesen werden vier verschiedene Ergebnisse mit jeweils unterschiedlichen Annahmen über die statistische Unabhängigkeit der Variablen. Je akzeptabler diese Annahmen werden, desto weniger aussagefähig wird das Ergebnis. Zum Schluß ist die relative Arbeitslosigkeit nicht mehr signifikant. Nur mehr die relative Höhe der Industrielöhne und die relative Größe des Industriearbeitsmarktes sind es.

Zimmermann schließt daraus, Asylwerber hätten nicht nur, aber auch ökonomische Motive, so daß ihr Migrationsverhalten wirtschafts- und sozialpolitisch beeinflussbar sei. Diese Schlußfolgerung entspricht seiner Analyse aber nur oberflächlich. Sehen wir uns die drei unabhängigen Variablen der Reihe nach an. Die Größe des Arbeitsmarktes ist bei einem OECD-Land kein Indikator des wirtschaftlichen Erfolgs, sondern nur seiner Größe und mithin seiner weltwirtschaftlichen Bedeutung. Ein migrationswilliger Arbeiter kann daraus nicht auf seine eigenen Erfolgsaussichten nach der Migration schließen. Arbeitsmigration wird sich daher nicht nach der Größe des Arbeitsmarktes richten, sondern nach den Erfolgsaussichten. Daß die Größe des Arbeitsmarktes bei Asylwerbern eine Variable mit signifikantem Einfluß auf ihre Verteilung zwischen den europäischen OECD-Ländern ist, belegt daher gerade das Fehlen eines ökonomischen Motivs.

Asylwerber orientieren sich offenbar eher an der weltwirtschaftlichen und damit weltpolitischen Bedeutung und folglich Bekanntheit des jeweiligen Landes. Die beiden anderen unabhängigen Variablen, industrieller Stundenlohn und Arbeitslosigkeit können nicht separat voneinander betrachtet werden. Einkommensunterschiede beschreiben stets nur ein Mi-

grationspotential. Erst wenn ihnen ausreichende Chancen, auch tatsächlich eine Beschäftigung zu finden, zur Seite stehen, kann Migration wirklich stattfinden. Bei ökonomisch motivierter Migration müßte daher erwartet werden, daß gerade Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen Zielländern signifikant sind. Daß sie es im vorliegenden Fall nicht sind, ist daher ein wichtiger Indikator für das Fehlen ökonomischer Motive. Die Stundenlöhne hingegen waren signifikant. Daraus könnte man nun tatsächlich versucht sein zu folgern, ein ökonomisches Motiv spiele bei der Wahl des Asylslands eine Rolle.

Zimmermann nahm 14 europäische OECD-Länder für seine Analyse. Wesentliche reale Lohnunterschiede gibt es vor allem zwischen Griechenland, Portugal und Spanien einerseits und den anderen elf andererseits. Nähme man die drei ärmeren Länder aus der Analyse, dann verblieben zwischen den übrigen noch immer große Unterschiede beim Anteil an der Gesamtzahl der Asylwerber in Europa, nur wären jetzt die Lohnunterschiede so gering, daß sie vermutlich nicht mehr signifikant wären für die Erklärung der Asylwerberanteile. Was dann bleibt, ist, daß Asylwerber, insofern sie eine Wahl zwischen verschiedenen europäischen Ländern treffen, dies nach der Bedeutung des jeweiligen Landes in der Welt tun und nicht nach ökonomischen Kriterien.

Zimmermann hat also keinen Nachweis für das Vorhandensein ökonomischer Motive erbracht. Er hat nur seine eigenen Ergebnisse falsch interpretiert. Freilich ist damit nicht bewiesen, daß es kein ökonomisches Motiv gibt. Es könnte einfach sein, daß dieses sich in der Wahl irgendeines europäischen Landes ausdrückt, statt eines asiatischen oder afrikanischen Nachbarlandes (1).

Im Rest seines Beitrags spricht Zimmermann eine breite Palette von migrationspolitischen Möglichkeiten an,

um die finanzielle und wirtschaftliche Verantwortung für Asylwerber gleichmäßig über Europa zu verteilen und Einwanderung generell unproblematisch zu machen. In Übereinstimmung mit seiner unausgesprochenen Ausgangshypothese, das Problem bestehe in der Menge und Geschwindigkeit von Zuwanderung und in der Ausstattung der Zuwanderer mit Können und Wissen, sind es vor allem die Auswahl und die mengenmäßige Regulierung der Migranten, denen er Aufmerksamkeit schenkt.

Darüber hinaus referiert er aber auch kurz integrationspolitische Maßnahmen, allerdings nicht, wie auch sein Koreferent Böhning anmerkt, in einem Maß, das ihrer Bedeutung für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ergebnisse von Zuwanderung entspräche. Diese – entscheidende – Schwäche teilt er mit praktisch der gesamten ökonomischen Literatur zu Migrationspolitik. So gut wie alle Autoren berücksichtigten die beiden Dimensionen Quantität der Zuwanderung und Qualität der Zuwanderer, aber so gut wie allen entgeht die Dimension Qualität der Aufnahme im Zielland.

So nützt es zum Beispiel nichts, Einwanderer nach ihrem Können und Wissen auszuwählen, wenn sie hernach systematischer Dequalifikation ausgesetzt werden. Dahingehender Druck entsteht in der BRD, besonders jedoch in Österreich, von der rechtlichen Schlechterstellung ausländischer Staatsangehöriger her. Zimmermanns Beitrag ist insofern wichtig, als er das Thema Integrationspolitik überhaupt anspricht, auch wenn er übersieht, daß ihm eine unmittelbare wirtschaftliche und politische Bedeutung (Arbeitslosigkeit, Löhne, Substitution, Struktur der Wirtschaft) zukommt. Wenn er folgert, daß Selektion in Australien und in Kanada funktioniert habe, dann müßte er unmittelbar ergänzen, daß sie nur funktionieren konnte, weil zugleich permanenter Aufenthalt garan-

tiert und fast sofortiger Zugang zur Staatsbürgerschaft gewährt wurde, statt letzteres im allerletzten Absatz noch *inter alia* rasch anzuführen (2).

Felderer widmet seinen Beitrag der Frage, welche Anpassungsprozesse, besonders im Arbeitsmarkt, eine größere Einwanderung mit sich bringen, und handelt sie am bundesdeutschen Beispiel mit Ergänzungen betreffend Kanada und Österreich ab. Sein besonderes Augenmerk gilt dabei der Versöhnung widersprüchlich erscheinender Ergebnisse von empirischen Studien. Während nämlich eine Anzahl von Studien in Bevölkerungswachstum, sei es nun natürlich oder durch Immigration zustande gekommen, negative Folgen für das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen sieht, kommen andere zum gegensätzlichen Ergebnis. Die Lösung liegt nach Felderer in der Unterscheidung zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Folgen. Während die ersteren negativ sein mögen, sind es die letzteren eher nicht (3). Die kurze Frist sei dabei mit nicht mehr als drei Jahren zu veranschlagen, die lange mit ca. 15 Jahren (S. 78).

Felderer vermeidet klare migrationspolitische Schlußfolgerungen. Deutlich wird, daß er Zimmermanns Auffassung, Einwanderung führe in der Bundesrepublik zur Verdrängung von einheimischen Arbeitern und zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Einkommenssituation von Angestellten (S. 74, 228), nicht nur teilt, sondern dazu neigt, sie auf andere Länder, etwa Österreich zu übertragen. In der ökonomischen Literatur wird stets vermieden, darauf hinzuweisen, daß ein solches Ergebnis nicht verallgemeinerbar ist, sondern aus den rechtlichen Bedingungen des jeweiligen Landes entspringt; so auch hier. Insbesondere sind die aufenthalts-, sozial- und arbeitsrechtlichen Unterschiede zwischen ausländischen und einheimischen Staatsangehörigen von entscheidender Bedeutung für die wirt-

schaftlich relevante Zusammensetzung der Einwanderung und für die Art und Weise der wirtschaftlichen Nutzung der Einwanderer (4).

Der Beitrag von Axel Börsch-Supan vergleicht für die BRD die Effekte auf die Pensions- und die Pflegeversicherung von vier Einwanderungsszenarien. Das Statistische Bundesamt geht in seiner Bevölkerungsprojektion von stetig fallender Einwanderung aus, von 500.000 1992 auf 150.000 1995, 100.000 im Jahr 2000 und 45.000 jährlich ab 2010. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg nimmt einen Rückgang der Einwanderung auf 130.000 pro Jahr bis 2010 und anschließende Stagnation an. Diesen beiden stellt der Autor zwei andere Szenarien gegenüber, nämlich eine „Welle“ von 500.000 Einwanderern jährlich 1992 bis 1995 und dann ein gleichmäßiges Abfallen auf 45.000 im Jahr 2010 und Stabilisierung auf diesem Niveau, und ein Szenario stetiger Einwanderung von 300.000 Personen pro Jahr ab 1995.

Sein hauptsächliches Ergebnis ist, daß im letzten Szenario im Jahr 2030 nur 40 bis 45 Prozent der gesamten Lohnkosten für die Pensions- und die Pflegeversicherung aufgewendet werden müßten, während es im Szenario des Statistischen Bundesamtes 55 bis 60 Prozent wären. Da es sich bei den Sozialversicherungsbeiträgen um Abzüge vom Bruttolohn plus Nebenkosten handelt, entstünde durch stetige Einwanderung ein – relativ gesehen – positiver Nettolohn effekt. Dieser wiege den negativen Effekt der Einwanderung auf die Bruttolöhne mehr als nur auf. Langfristig das zweitbeste, jedoch wesentlich schlechtere Ergebnis würde durch das IAB-Szenario erreicht.

Das Buch enthält zwei theoretische Beiträge von Oded Stark. Seine Arbeiten zur mikroökonomischen Migrationstheorie sind in den letzten fünf Jahren von einem immer breiteren Publikum zur Kenntnis genommen wor-

den. Heute wird er vielfach in einem Atemzug mit Michael Todaro genannt, dem einflußreichsten Migrationstheoretiker der letzten 25 Jahre. Kommentatoren konstruieren gerne einen Gegensatz zwischen Todaro und Stark, obwohl es sicher zielführender wäre, Stark als Ergänzung zu lesen, wie das etwa bei Hoddinott (1994) geschieht.

Im ersten der beiden Beiträge modelliert Stark die Idee, der wirtschaftliche Erfolg von Zuwanderern sei nicht so sehr von ihrem individuellen Können und Wissen als von den Attributen jener Personengruppe abhängig, von der sie aufgenommen werden. Das wesentliche Attribut scheint ihm nicht die Ausstattung der Gruppe mit Können und Wissen zu sein, als vielmehr die Möglichkeit, innerhalb der Gruppe wirtschaftlichen Austausch auf der Basis von Vertrauen abwickeln zu können, weil die Individuen bekannt sind und Transaktionen mit nicht vertrauenswürdigen Partnern ausgeschlossen werden können. Dasselbe wäre zwischen anonymen Partnern nicht möglich, wodurch die durchschnittlichen Transaktionskosten zunehmen.

So wäre erklärbar, daß lokale, ethnisch homogene Einwandererpopulationen immer wieder einen höheren durchschnittlichen Lebensstandard erreichen als die einheimische Bevölkerung. Eine Politik der gleichmäßigen, dünnen Verteilung der Einwanderer würde dem entgegenwirken. Gleichzeitig heißt das, daß eine Politik selektiver Immigration von Personen mit höherer Qualifikation nicht unbedingt zum gewünschten Ergebnis führen muß, wenn den Einwanderern nicht das Vertrauen entgegengebracht wird, daß sie das gewünschte Können und Wissen auch tatsächlich haben. In einer Population gleichen Ursprungs wäre das eher der Fall als in der einheimischen oder einer von andernorts zugewanderten Bevölkerung. Kritik an Starks Idee könnte vielleicht dahingehen, daß bei weitem nicht alle lo-

kal ethnisch homogenen Gruppen von Einwanderern wirtschaftlich erfolgreich sind. Notwendig scheint zusätzlich, daß überhaupt die wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliche Transaktionen innerhalb der Gruppe erfüllt ist, nämlich Kontrolle über Ressourcen. Ein erster Eindruck ist, daß vor allem Einwanderergruppen mit professionellem und unternehmerischem Hintergrund erfolgreich sind (Sikhs in England, Koreaner in den USA), und zwar besonders dann, wenn die Gruppe zusätzlich abhängige Arbeitskräfte derselben Herkunft umfaßt (Kubaner in Florida).

Im zweiten Beitrag, zusammen mit Oded Galor erdacht und verfaßt, wird eine andere Idee modelliert, nämlich daß eine Einwanderung, selbst wenn sie auf die Löhne und die Beschäftigungschancen keine direkten Auswirkungen hat, dennoch Folgen für das Humankapitalniveau und damit für die Wirtschaft insgesamt haben kann. Stark und Galor nehmen an, je höher das durchschnittliche Niveau an Humankapital in einer Gesellschaft, desto größer sei der Zugewinn an Humankapital aus einer gegebenen Investition. Wenn in eine Gesellschaft mit hohem Niveau eine sehr große Einwanderung niedrigeren Niveaus oder eine kleine Einwanderung sehr niedrigen Niveaus stattfindet, dann falle dadurch das durchschnittliche Niveau an Humankapital und folglich sinke der Ertrag aus Investitionen. In weiterer Folge nähmen die Investitionen selbst ab, und die betreffende Wirtschaft begänne einen Übergang zu einem stabilen Zustand mit niedrigerem Durchschnittsniveau an Humankapital. Die kurzfristige und möglicherweise auch langfristige Folge wären fallende Pro-Kopf-Einkommen der Beschäftigten.

Das Modell gibt eine Vermeidungsstrategie vor, nämlich plötzlichen, großen Zustrom niedrig qualifizierter Arbeiter in den Arbeitsmarkt nicht zuzulassen, sondern eine Verteilung über einen ausreichenden Zeitraum

anzustreben. Insgesamt handelt es sich aber in praktisch jedem denkbaren Fall immer nur um minimale Effekte. Der Beitrag ist ein für Stark typisches, ausgeklügeltes Gedankenexperiment, dessen empirische Bedeutung jedoch nicht überschätzt werden sollte.

2. Abwanderung: Ursachen und Folgen

Die Ursachen von Abwanderung sind ein zweites relativ häufig angesprochenes Thema im Buch. Die Behandlung ist aber nicht sehr tiefgehend. Robert E. B. Lucas zählt in seinem Beitrag eine Anzahl von Elementen auf, die in individuelle Abwanderungsentscheidungen eingehen können, und untersucht primär die Frage der Kosten der Abwanderung für die zu Hause Verbleibenden. Lucas präsentiert zwar einen leicht lesbaren Text, neigt aber inhaltlich nicht zu Simplifizierung. Seine hauptsächliche Mitteilung ist daher, Abwanderung und ihre Effekte hingen von den konkreten Umständen ab, und davon müsse auch die diesbezügliche Politik abhängen. Das mag banal klingen, aber Lucas steht damit im Gegensatz zu allen anderen Beiträgen des Buches.

Anne O. Krueger behandelt die Frage dagegen von einem makroökonomischen Standpunkt aus und eher kurstorisch. Sie vergleicht das Verhältnis zwischen den USA und Mexiko mit jenem zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarn. Auf der Basis von zwei oberflächlichen Ähnlichkeiten, nämlich Größe der Bevölkerungen und Verhältnis der Pro-Kopf-Einkommen, schließt sie, daß Ost-West-Migration in Europa etwa das Ausmaß der Süd-Nord-Migration in Nordamerika erreichen müßte. Ihr Hauptpunkt nimmt geradezu die Form einer Drohung an: Entweder öffneten sich die EU-Länder für Importe aus Osteuropa und beschleunigten damit auch den Kapitaltransfer dorthin, oder sie hätten Einwanderung großen Ausmaßes zu gewärtigen (5).

So einfach ist die Sache selbstverständlich nicht. So weist Kruegers Diskutant, Kar-yiu Wong, am Beispiel Chinas auf die Gleichzeitigkeit raschen Wirtschaftswachstums und zunehmender Auswanderung hin (S. 171). Dieser Zusammenhang, 1990 von der U.S. Commission on International Migration and Cooperative Economic Development popularisiert, wird auch von Lucas (S. 204) und von Zimmermann (S. 241) angesprochen.

Charles Wyplosz untersucht die Frage, wieso es trotz der großen Lohn- und Kaufkraftunterschiede nicht zu massiver Migration zwischen Ost- und Westeuropa bzw. zwischen – zum Beispiel – Portugal und der BRD komme. Er argumentiert, erfolgreiche Reform und Wirtschaftswachstum führten zu (erwarteten) Lebenseinkommen, die deutlich über den gegenwärtigen Einkommen liegen, und daß die Beschäftigungschancen von Zuwanderern viel schlechter seien, als es die Arbeitslosenraten der Einwanderungsländer glauben machen würden. Sein Argument ist im wesentlichen ein Analogieschluß von Portugal auf Osteuropa. Wenn es daher stimmt, wie Baganha und Peixoto (1994) jüngst ausgeführt haben, daß ab Mitte der achtziger Jahre die Abwanderung aus Portugal nach und nach wieder zunahm, dann bricht Wyplosz Argument ein. Es bricht freilich nicht zusammen, denn die neue portugiesische Migration blieb durchaus in Grenzen.

Insgesamt kann das Buch als eine Bestandsaufnahme in Form von Beispielen des Standes der ökonomischen Diskussion über die Ursachen und Folgen von Migration gelesen werden. Die einzelnen Auffassungen werden in ihrer Widersprüchlichkeit relativ klar und im großen und ganzen ohne selbstkritisches Zögern vorgetragen. Das Buch muß daher unbedingt kritisch gelesen werden.

August Gächter

Anmerkungen

- (1) Dagegen spricht, daß Nachbarländer oft keine Sicherheit bieten und direkte Flugverbindungen zu anderen Ländern derselben Region oft nicht existieren.
- (2) Der Aufsatz enthält auf seiner ersten Seite auch eine Ironie feministischer Schreibweise. Zimmermann läßt dort ausgerechnet den typischen Asylwerber eine Frau sein, obwohl es sich zu drei Viertel und mehr um Männer handelt.
- (3) Als ein Beispiel für die kurzfristig negativen Folgen dient ihm die Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte um ca. 120.000 in Österreich zwischen 1989 und 1991. Durch einen Druckfehler wird sie im Text als eine Zunahme um 4 statt um 74 Prozent bezeichnet.
- (4) Zu den sozialen und wirtschaftlichen Integrationsleistungen des Rechtssystems von acht europäischen Ländern, darunter auch die BRD, Österreich, die Schweiz und Schweden, siehe jetzt Cinar u. a. (1995).
- (5) In einer Fußnote (S. 159) meint Krueger, Abwanderung nehme mit der Arbeitslosigkeit zu, und verweist unter anderem auf Layard, Blanchard, Dornbusch und Krugman (1992) als Quelle der

Erkenntnis. Bei Layard und Kollegen (S. 22) steht in Wirklichkeit, daß Arbeitslosigkeit in so gut wie keinem Bezug zu Abwanderung stehe, selbst wenn volle Freizügigkeit gegeben ist.

Literatur

- Baganha, Maria Ioannis B.; Peixoto, João, Trends in the 90s: The Portuguese Migratory Experience (= manuscript for COST A2 Workshop on Immigration in Southern Europe; November 1994).
- Çinar, Dilek; Hofinger, Christoph; Waldrauch, Harald, Die Konstruktion eines Index zur Messung der Integrationsleistungen von Ausländerrechtssystemen: Methodische Überlegungen und Ergebnisse aus einem Vergleich acht europäischer Staaten (= Reihe Politikwissenschaft No. 25, IHS, Wien 1995).
- Hoddinott, John, A Modell of Migration and Remittances Applied to Western Kenya, in: Oxford Economic Papers 46 (1994) 459-476.
- Layard, Richard; Blanchard, Olivier; Dornbusch, Rudiger; Krugman, Paul, East-West Migration: The Alternatives (Cambridge, MA 1992).